

Grünpol

Nationale Wahlen 2007 – Sensationeller Erfolg der Grünen



Glückliche Grüne: Nationalrätin Maya Graf und Parteipräsident Philipp Schoch.

**Liebe Grüne,
zum grössten Wahlerfolg der Grünen
habt Ihr alle Euren Beitrag geleistet.
Ohne Eure Stimmen, Eure Spenden,
Euren Einsatz auf der Strasse und
im Gespräch, Eure Bereitschaft im
Wahlkampf mitzuhelfen, wäre dieser
Erfolg nicht möglich geworden. Des-
halb danke ich Euch allen in meinem
Namen und im Namen der Grünen
Baselland von ganzem Herzen!**

„Grün macht glücklich“ ist der Slogan einer meiner neu gewählten Fraktionskollegen in Bern! Alec von Graffenried hat es vorweg genommen: Wir alle sind glücklich über unseren grünen Wahlerfolg in Baselland und schweizweit. Noch nie in der Geschichte waren die Grünen so stark wie heute. Neu wird unsere Bundeshausfraktion 21 Mitglieder zählen, darunter sind 10 Frauen.

In unserem Kanton konnten wir unseren Stimmenanteil zusammen mit den Jungen Grünen auf 13.8 Prozent erhöhen. Dabei erzielten die jungen Supergrünen einen Achtungserfolg: Sie sind die stärkste Jungpartei im Baselbiet! Mit 31'580 Stimmen erzielte ich selbst das zweitbeste Resultat aller sieben NationalrätInnen aus dem Baselbiet. Das enorme Vertrauen der Wählerinnen und Wähler macht mich überglücklich und motiviert mich ungemein!

Zu erwähnen ist auch, dass wir Grüne unseren Beitrag zum klaren Sieg von Claude Janiak als neuen Baselbieter Ständerat geleistet haben. Wir gratulieren ihm herzlich zu seiner Wahl!

Und damit „Grün wirklich glücklich macht“, fahren wir schon heute mit unserer politischen Arbeit für eine konsequente nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen fort.

*Maya Graf,
Nationalrätin Sissach*

Parolen zur Abstimmung vom 25. November 2007

Kantonale Vorlagen

Ja zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden (Hundegesetz).

Nein zur Änderung des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Unternehmenssteuerreform).

Nein zur Unternehmenssteuerreform

Die Regierung hat es verpasst, die Steuergesetzesänderung für eine zukunftsgerichtete Entwicklung in unserem Kanton zu nutzen. Erstens setzt die vorliegende Unternehmenssteuerreform keinerlei Anreize zu Gunsten einer nachhaltigen Wirtschaft. Zweitens senkt sie Steuern nach dem Giesskannenprinzip. Aus Sicht der Grünen Baselland sollen ausschliesslich jene Firmen Steuerreduktionen erhalten, welche nachhaltig und ökologisch wirtschaften und damit einen Beitrag zur Verminderung der Umweltbelastung leisten.

Das vorliegende Unternehmenssteuergesetz enthält massive Steuerschlupflöcher und setzt damit finanzpolitisch falsche Anreize: Investitionen können direkt der Erfolgsrechnung belastet werden. Dies

führt zu einem grossen Unternehmensverlust, welcher in Folge über mehrere Jahre auf die jeweils nächste Erfolgsrechnung übertragbar ist. Dadurch minimiert sich das für die Steuern relevante Resultat. Dieses Instrument wurde geschaffen, um Konjunkturtiefs und Krisen zu überstehen. Unternehmen nützen dieses Instrument jedoch auch in wirtschaftlich guten Zeiten kreativ aus, um ihre Steuern zu senken. Bereits heute, aber auch nach dem vorliegenden Revisionsvorschlag, zahlen ca. 60 Prozent der Unternehmen keine Steuern. Und dies, obwohl viele davon in der Gewinnzone arbeiten.

Die vorgeschlagene Änderung der Unternehmensbesteuerung zielt zudem gesellschaftspolitisch in die falsche Richtung. Eine generelle Steuersenkung, die

bei Kanton und Gemeinden jährlich bedeutende Mindereinnahmen in der Höhe von mindestens 75 Millionen verursacht und von der vor allem florierende Grossunternehmen sowie deren Aktionäre durch erhöhte Dividendenausschüttung profitieren, lehnen die Grünen ab.

Der Kanton versucht ausserdem, in die Finanzhoheit der Gemeinden einzugreifen. Diese Entwicklung ist problematisch: Es ist ein einmaliger Vorteil des Schweizer Steuersystems, dass grosse Finanzkompetenzen an die Gemeinden delegiert sind. Eingriffe in die Gemeindeautonomie dürfen nur dort erfolgen, wo dies zwingend notwendig ist.

Die Grünen Baselland empfehlen: NEIN zur Unternehmenssteuerreform.

Jürg Wiedemann, Landrat aus Birsfelden

Ja zum Hundegesetz



(A. Tschopp)

Das zur Abstimmung vorliegende Hundegesetz bringt marginale Verbesserungen.

Verlangt wird neu: das Einholen einer Bewilligung für potentiell gefährliche Hunde, eine Haftpflichtversicherung für HundehalterInnen, der Nachweis ausreichender hundespezifischer Fachkenntnis,

das Vorlegen eines Strafregisterauszugs und das Fehlen einschlägiger Vorstrafen der HundehalterInnen.

Das Halten von Kampfhunden bleibt aber nach wie vor erlaubt. Erst wenn ein Hund einem Menschen erhebliche Verletzungen zugefügt hat, muss das Tier an die Leine oder hinter den Maulkorb.

Weiterhin muss also zuerst ein Unfall geschehen, bevor gehandelt wird. Das neu geänderte Hundegesetz regelt zudem nicht, wer und wie die nach einem Vorfall verfügbaren Massnahmen (z.B. Maulkorbtragepflicht) kontrolliert werden sollen und wer die anfallenden Kosten zu tragen hat.

Mit dem vorliegenden Gesetz wird insgesamt ein kleiner Schritt in die richtige Richtung getan. Es bleibt zu hoffen, dass die angestrebte Lösung auf Bundesebene mutiger und klarer ausfällt.

Die Grünen Baselland empfehlen: JA zum Hundegesetz.

Madeleine Göschke-Chiquet, Landrätin aus Oberwil

Handeln statt reden! Die Energiedebatte im Landrat vom 1. November 2007



Installation einer Solaranlage der Hofgemeinschaft unter der Fluh (E. Gysin)

Traditionsgemäss reden Parlamentarierinnen und Parlamentarier gerne und viel. Wortreiche Debatten haben jedoch oftmals keinen direkten Zusammenhang mit der Qualität oder den konkreten Resultaten der gesetzgebenden Behörden. Im Bereich der Energiefragen ist die Zeit zum Handeln längst überfällig - jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden!

Am 1. November fällt der Landrat an einer ganztägigen Energiedebatte zu 24 Vorstössen Entscheide über die zukünftige Energieversorgung unseres Kan-

tons. Ein wichtiges Geschäft verlangt die Einführung einer Förderabgabe für erneuerbare Energien. Diese Abgabe auf dem Strompreis wurde schon vor zwei Jahren im Rat sehr kontrovers behandelt und damals knapp abgelehnt. Im Wesentlichen geht es darum, Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern. Dazu benötigt der Kanton finanzielle Mittel. Alle Stromkonsumierenden beteiligen sich mit 0.2 Rappen pro Kilowattstunde und unterstützen damit Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz und das Einsetzen von erneuerbaren Energien

bei privaten Haushalten im Baselbiet. Das Kapital bleibt in der Region und unterstützt damit die hier tätigen KMU (Sanitär- und Heizungsinstallateure usw.).

Die Grünen machen sich mit diversen Vorstössen vor allem für die Wind- und Sonnenenergie stark. Die mit 1906 Unterschriften zustande gekommene Volkssinitiative der Grünen Baselland „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“ wird leider noch nicht behandelt. Die Energie-Initiative hat zum Ziel, bis im Jahr 2030 mindestens die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs im Kanton Basel-Landschaft mit erneuerbaren Energien zu decken.

Die Grüne Fraktion wird an der Energiedebatte zudem mit aller Kraft für die Beibehaltung des Anti-AKW Artikels in unserer Verfassung kämpfen. Gemäss diesem Artikel muss sich die Regierung dafür einsetzen, dass weder auf dem Gebiet des Kantons Basel-Landschaft noch in unseren Nachbarkantonen AKWs errichtet werden. Die FDP will den Anti-AKW Artikel aus der Verfassung streichen.

Philipp Schoch, Landrat und Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission BL

Absichtserklärung „Bildungsraum Nordwestschweiz“

Die Grünen Baselland befürworten eine Harmonisierung der Schulen sowie einen Bildungsraum Nordwestschweiz. Die Schwierigkeiten beim Schulwechsel in einen anderen Kanton sollen vermindert werden, ohne dass dabei eine Einbusse des Baselbieter Bildungsstandards erfolgt.

Für den geplanten Übertritt einer Schülerin oder eines Schülers in die Schule eines andern Kantons sind die fachlichen

Fähigkeiten entscheidend. Unterschiedliche Lehrmittel, Unterrichtsmethoden oder Schulstrukturen können von den Jugendlichen meist problemlos überwunden werden, nicht jedoch grössere Unterschiede im Leistungsniveau.

Für die Grünen Baselland ist deshalb die Vereinheitlichung der Leistungsstandards in sämtlichen Fächern und auf allen Stufen notwendig. Die Leistungsziele müssen für jedes Schuljahr klar definiert

werden und überprüfbar sein. Entscheidend ist, in welchem Schuljahr ein Kind zum Beispiel das Bruchrechnen erlernt und versteht. Eine Vereinheitlichung der Schulstrukturen ist hingegen nicht erforderlich. Ebenso wenig erforderlich sind identische Lehrmittel.

Im Klassenzimmer soll eine möglichst grosse Homogenität bezüglich des Leistungsniveaus erreicht werden, damit die Lehrkraft allen Lernenden gerecht wer-

den und sie dadurch die Schülerinnen und Schüler in gleichem Masse fördern und fordern kann. Eine grosse Inhomogenität führt zwangsläufig zu einer Überforderung der Lernschwachen und zur Unterforderung der Lernstarken. Deshalb ist die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Leistungsniveaus ab dem sechsten Schuljahr anzustreben.

An den Schulstrukturen, wie sie heute in unserem Kanton vorhanden sind, halten wir fest: Eine fünfjährige Primarschule, gefolgt von einer vierjährigen Sekundarstufe 1 mit den drei getrennten Leistungszügen A (allgemeine Abteilung), E (erweitertes Niveau) und P (progymnasiales Niveau) unter einem Dach mit optimaler Durchlässigkeit. Diese drei Leistungszüge haben sich in

der Vergangenheit bestens bewährt.

Madeleine Göschke-Chiquet, Landrätin aus Oberwil

Jürg Wiedemann, Landrat aus Birsfelden

Jurapark Nordwestschweiz auf gutem Weg



Oltingen Richtung Wenslingen (B. Schaffner)

Der ganze Jurabogen, vom Bözberg im Fricktal über den Baselbieter Tafel- und Kettenjura bis hinauf nach Gänsbrunnen

im Solothurnischen Bezirk Thal, soll in absehbarer Zeit den Jurapark Nordwestschweiz bilden. Ende Juni präsentierte

der Verein Erlebnisraum Tafeljura dazu die Machbarkeitsstudie für einen Regionalen Naturpark im Sinne des revidierten Natur- und Heimatschutzgesetzes.

Der Verein Erlebnisraum Tafeljura engagiert sich zusammen mit der Stiftung Wasserfallen, dem Verein Dreiklang im Fricktal und dem Verein Region Thal für den Jurapark Nordwestschweiz. Der grösste zusammenhängende Freiraum zwischen den Agglomerationen Basel, Solothurn, Aarau und Zürich soll auch zukünftigen Generationen als Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft erhalten bleiben.

Die Regionen sollen sich aber dennoch weiterentwickeln. Dazu müssen Bevölkerung, Behörden, Ämter, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe erkennen, dass unsere Natur- und Kulturlandschaft etwas wert ist. UF

Grüne in den Bundesrat? Die Vorentscheidung fällt im Baselbiet

Sollen die Grünen eine Bundesratskandidatur aufstellen? Die Entscheidung fällt im Baselbiet. Am 1. Dezember hält die Grüne Partei Schweiz auf Einladung der Grünen Baselland in Binningen ihre Delegiertenversammlung ab. Die Delegierten - unter ihnen die neu auf 21 Mitglieder vergrösserte Bundeshausfraktion der Grünen - entscheiden an ihrer Ver-

sammlung, ob sie eine grüne Bundesratskandidatur aufstellen oder nicht. Für Spannung ist also gesorgt!

Damit dieser Grossanlass im Baselbiet ein voller Erfolg wird, sind wir auf die Hilfe von zahlreichen Freiwilligen angewiesen. Diverse Arbeiten stehen an: Bestuhlung des Saals, Verkauf von Getränken und Sandwiches während des

Anlasses, Aufräumen nach Abschluss der Versammlung usw. Bitte packt mit an - wir zählen auf eure tatkräftige Unterstützung. Anmeldungen oder Fragen bitte an: bl@gruene.ch oder 061 321 41 15.

Björn Schaub, Parteisekretär